

5776/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Terezija Stoisits, Freundinnen und Freunde haben an mich eine schriftliche Anfrage, betreffend „Verhetzung durch eine Postwurfsendung der FPÖ“, gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1 bis 3:

Die in Rede stehende Postwurfsendung ist der Staatsanwaltschaft Wien erst durch die vorliegende parlamentarische Anfrage bekanntgeworden. Sie hat in der Folge die Bundespolizeidirektion Wien, Büro für Vereins-, Versammlungs- und Medienrechtsangelegenheiten, ersucht, ein Exemplar dieser Postwurfsendung beizuschaffen, um die strafrechtliche Überprüfung ihres Inhalts an Hand des gesamten Textes vornehmen zu können. Ein Belegexemplar ist jedoch bislang nicht eingelangt.

Zu 4:

Auch diese Frage könnte abschließend erst nach Kenntnis des gesamten Inhalts der Postwurfsendung beantwortet werden. Zu den in der Einleitung der schriftlichen Anfrage zitierten Textstellen ist jedoch auf Artikel 1 Abs. 2 des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung zu verweisen, wonach dieses keine Anwendung auf Unterscheidungen, Ausschließungen, Beschränkungen oder Bevorzugungen findet, die ein Vertragsstaat zwischen Bürgern und Nichtbürgern macht. Die politische Forderung, staatliche Einrichtungen

mögen Inländer gegenüber Ausländern pauschal in bestimmten Belangen bevorzugen, steht daher für sich allein nicht im Widerspruch zum genannten Übereinkommen.